

Vorstellung

Kurt Koddenberg, Köln

- Generalvikariat, Erzbistum Köln, Abt. Erwachsenenbildung
- Vorsitzender des Bildungswerkes der Erzdiözese Köln e. V.
- Vorsitzender der LAG Kath. Erwachsenen- und Familienbildung
- Sprecher des Gesprächskreises der Landesorganisationen für Weiterbildung in NRW

In NRW:

1. 150 anerkannte Familienbildungsstätten, -werke
2. 73 in katholischer Trägerschaft
3. 80 davon LVR
4. 16 im Erzbistum Köln

Finanzierung FBS im EBK 2002/6

	2002	%	2006	%
1. Teilnehmergebühren	5,18	45	4,2	45
2. Träger	2,95	25	ca. 2,4	25
3. Land NRW	2,56	22	2,05	22
4. Kommunen	0,83	8	0,77	8
Gesamt	11,52	100	9.43	100

Kommentar

(in Millionen €)

- **Maßnahmen:** von 202.000 Ustd. auf ca. 170.000 Ustd. (2006)
- **Personalkostenanteil:** ca. 45% (ohne Aushilfen, NPM, Honorarkräfte)

1. *Teilnehmergebühren:*

Reduzierung des Programmangebotes, Qualifizierung und Profitierung, Aufgabe gesundheits- und freizeitorientierter Angebote (Wirksamkeitsdialog)

2. *Träger:*

Umstrukturierungen, Personalabbau

3. *Landesmittel:*

Kürzung – 20% WbG, Sondermittel, Projektmittel, Personalabbau

4. *Kommunen:*

Neuss, Bonn, Düsseldorf, Köln – weitere Kürzungen avisiert

Auswirkungen der Kürzungen für FBS

1. Institutionen
2. Personal
3. Programmarbeit
4. Teilnehmer
5. Bewertung

1. Institutionen

- Trägerwechsel
- Kooperationsverträge, Fusionen
- Verwaltungen, (Geschäftsstellen)
- regionale Präsenz, Standorte

Nur wenige FB-Einrichtungen haben ihre institutionelle Identität vollständig erhalten. Eine große Anzahl ist zur finanziellen Sicherheit unterschiedliche Kooperationen eingegangen.

2. Personal (EBK)

- Stellenabbau: 146 → ca. 120 (HPM + VM)
- Abbau von Arbeitsverhältnissen mit geringfügig Beschäftigten
- Honorarhöhen (NPM) seit 2000
- Mitarbeiterfortbildung

Die finanziellen Kürzungen haben zu einem zumeist sozialverträglichen Personalabbau (bis 2008) geführt. Frei werdende Stellen dürften erst in einigen Jahren wieder extern zu besetzen sein.

3. Programmarbeit

- Reduzierung des Angebotes (EBK um über 30.000 Ustd.)
- Fokussierung auf FB-Angebote nach KJHG (§ 11.2 WbG)
- Wegfall „niederschwelliger Angebote“
- Mindestteilnehmerzahl, Teilnehmergebühren
- Profilierung: Erziehungskompetenz, familiäre Alltagskultur, Integration von Migranten, Ausbildungsangebote, Zielgruppenarbeit

Trotz gestiegener wirtschaftlicher Zwänge haben die Einrichtungen seit 2000 ihr Programm zielgerichtet profiliert. Wirtschaftliche Anforderungen stehen häufig im Gegensatz zu sozialpolitischen Aufgaben.

4. Teilnehmer

- Teilnehmergebühren, Ermäßigungen
- Teilnehmerverhalten
- Einbußen bei der sozialen Reichweite
- Teilnehmerberatung und -begleitung

In Folge der finanziellen Kürzungen lassen sich Veränderungen in der Teilnehmerschaft beobachten. Aus finanziellen und aus personellen Gründen nehmen bildungsferne Gruppen weniger teil.

Bewertung

1. Die Landespolitik verkennt die Bedeutung der Familienbildung für andere politische Ziele:
 - Familienförderung, generatives Verhalten (Familienpolitik)
 - Lernförderung für Kinder, Berufsfähigkeit (Schulpolitik)
 - Integration von Migranten und anderen sozialen Randgruppen (Integrations- und Sozialpolitik)
 - Gesundheitsförderung (Gesundheitspolitik)
 - soziale Kommunikation (Stadtplanung, Kultur)
 - Demokratie- und Wertebewusstsein (Grundlagen, Kultur)
 - u.s.w.

- 2.** Die Landespolitik nimmt bisher nicht genügend wahr, dass Teilnehmer, Träger und Kommunen gekürzte Finanzmittel keinesfalls kompensieren können. Die aktuellen Reduzierungen greifen die bewährten Strukturen massiv an:
- Professionalisierung
 - Flächendeckung, Bürgernähe
 - soziale Gebührenhöhe
 - Innovationen

3. Lebensbegleitendes Lernen wird die Voraussetzung für die künftigen gesellschaftlichen Herausforderungen sein:
 - demographische Entwicklungen und deren Folgen
 - globale Ökonomie und Ökologie
 - sozialgerechte Partizipation an gesellschaftlicher Kommunikation
 - stabiles, öffentliches Wertesystem als Orientierung für gelingende Individualisierung.

4. Danach verlangt die Familienbildung als politische Aufgabenstellung eine deutliche Priorisierung mit erhöhter und sicherer Grundförderung.